

HILTRUP

heute & morgen

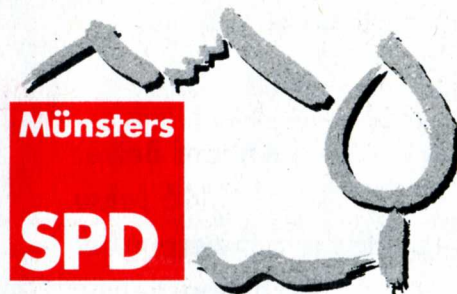
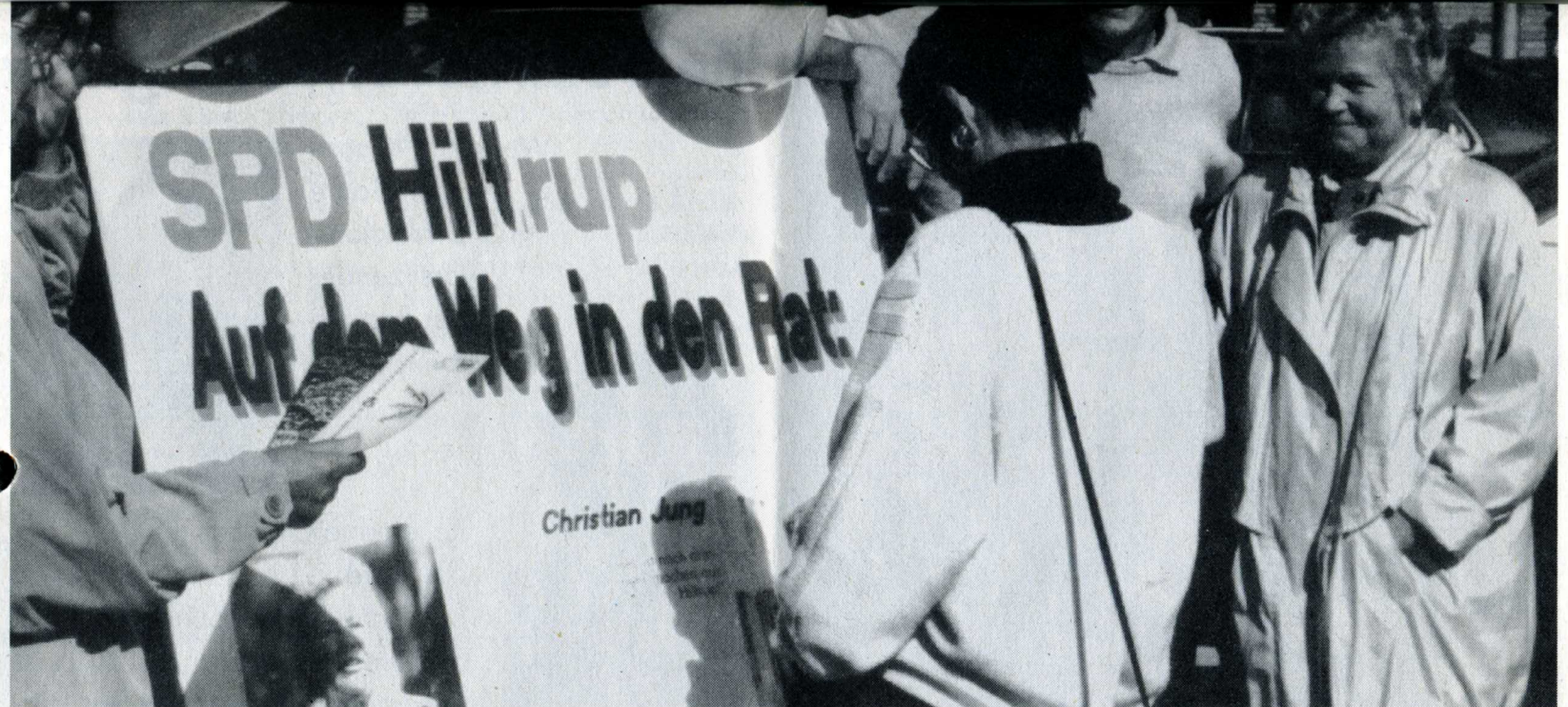
Stadtteilzeitung der Hiltruper SPD

Oktober 1994

Wahlkampf im Endspurt

Wählen gehen!





mit uns FÜR EINE **OFFENE** STADT!

**Mit uns
den Wechsel schaffen!**

**Christian Jung
Christiane Eckardt**

Ortskernentwicklung

Ein Rat's'haus für Hiltrup- "Aus" für die alte Clemensschule

Welchen Wandel durften wir Hiltruper in den vergangenen Jahren erleben! Die konservative Mehrheit in der Bezirksvertretung hat uns ein neues Ortsbild verschafft. Vorbei sind die Zeiten, in denen einige repräsentative Bürgerhäuser die Atmosphäre der Marktallee mitprägten. Stattdessen findet man dort heute moderne Beliebigkeit, nur die kleinen Hecken sind geblieben, um den fortbestehenden Rush-hour-Stau zu verbergen.

Nun soll's auch noch die zweite Reihe treffen! Die CDU schielt auf die alte Clemensschule. Den städtischen Jugendpfleger für Hiltrup, der dort sein Domizil hatte, hat man schon vor einem Jahr dem Rotstift geopfert. Nun sollen auch zwei Kindergruppen (deren Kinder in Hiltrup keine Kindergartenplätze

fanden) und der spanische Familienverein samt seiner internationalen Jugendgruppe ausziehen, ebenso der Ortsverein des (Jugend-) Roten Kreuzes.

Warum das? Brauchen wir solche Bürgeraktivitäten nicht gerade in diesen Zeiten?

Die CDU sagt, wir brauchen eine schöne Bezirksverwaltungsstelle an zentraler Stelle. Repräsentativ muß sie sein, -wohl so ein richtiges Rathaus wie zu Zeiten feudaler Obrigkeitsverwaltung. Also Clemensschule räumen, umbauen oder gleich abreißen und durch Neubau ersetzen!

Hierzu sagt Hiltrups SPD Nein! Wir sehen ein, daß die Bezirksverwaltung ein geeignetes neues Domizil braucht, das jetzige "Provisorium" muß beendet werden.

Wir schlagen vor, die Bezirksverwaltung als Dienstleistungszentrum für den Bürger, am Bahnhof anzusiedeln. Die Stadt verfügt über entsprechende Grundstücke. Dadurch kann dem weiteren Verfall des Bahnhofumfeldes begegnet werden und dieses zentrale Hiltruper Kerngebiet wiedererschlossen werden (Seit dem Bau der Hochbrücke gab es hier keine Lichtblicke).

Die Clemensschule beherbergt wertvolle Vereins- und Sozialarbeit! Dies muß erhalten werden - über eine Sanierung der Räumlichkeiten reden wir gern.

Das Umfeld der Clemensschule bis zur Clemenskirche sollte aufgewertet werden, als innerstädtischer Grünbereich und sozialer Begegnungsraum für Bürger aller Altersgruppen!

Eltern aktiv - davon lebt die Schule

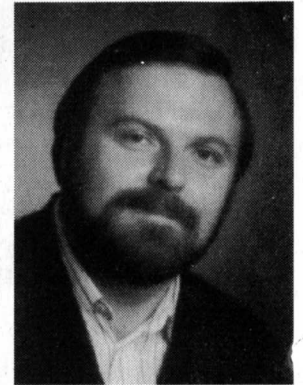
Bunte Farben verändern graue Schulhofflächen. An der Marienschule in Hiltrup-Ost tut sich viel. Aktive Elternvertreter, die Ideen, Arbeit und nicht zuletzt auch Geld einbringen, sorgen für fröhlichere Pausen und Freistunden. Das verdient Unterstützung! Die Marienschule liegt unmittelbar am Stadiongelände, rundherum ist viel Grün. Viele Möglichkeiten bieten sich, den Schulalltag auch außerhalb des Klassenzimmers zu verschönern. Früher waren dort nur Tischtennisplatten und aufgehäufte Gummireifen. Vielleicht gelingt es den Eltern und der Schulleitung doch noch, Geld von der Stadt loszureißen. Dann kann schon im nächsten Frühjahr nicht nur noch besser getobt und gespielt werden - dann gibt es vielleicht sogar Bänke für ein Klassenzimmer im Grünen! Zur Unterstützung hat die Hiltruper SPD der Schulpflegschaft erst einmal 200,- DM gestiftet.



mit uns
FÜR EINE OFFENE STADT!

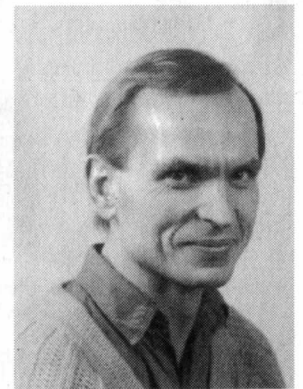
Die Hiltruper SPD-Kandidaten für die Bezirksvertretung:

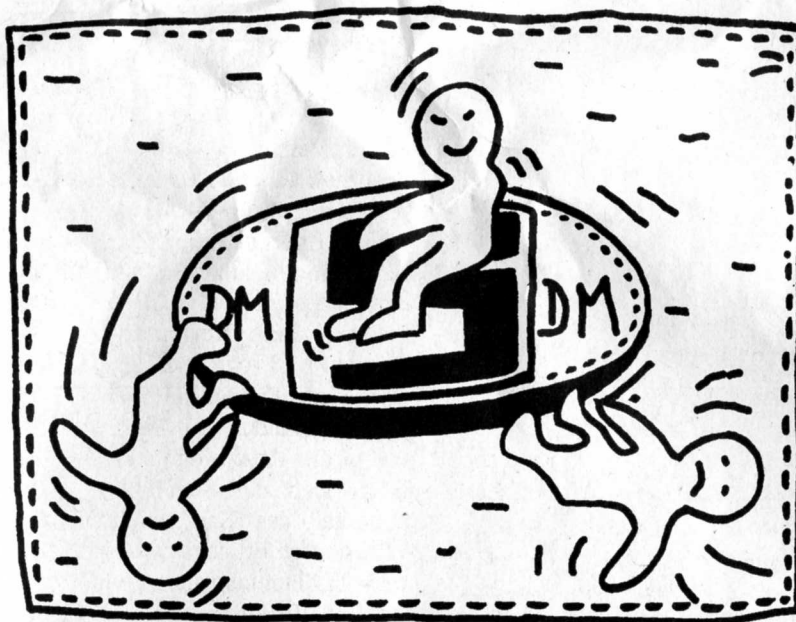
Wolfgang Krause
41 Jahre
SPD-Fraktions-
vorsitzender
in der Bezirks-
vertretung



Rosemarie Opolka
57 Jahre
politische Schwerpunkte:
Soziales, Senioren,
Gesundheitspolitik

Reinhard Betker
46 Jahre
politische Schwerpunkte:
Wohnungspolitik,
Verkehr, Umwelt





Familienpolitik:

Steuersenkungen für Familien

Durch eine Ergänzungsabgabe und erhöhtes Kindergeld will die SPD deutliche Steuersenkungen für die große Mehrheit der Familien erreichen. Mit dem Solidaritätszuschlag der Bundesregierung, der keine Einkommensgrenze hat, werden alle steuerpflichtigen Bürger zusätzlich belastet. Die von der SPD geforderte Ergänzungsabgabe würde dagegen rund 80 Prozent der steuerpflichtigen Bürger freistellen. Außerdem würde die von der SPD geforderte Anhebung des Kindergeldes als Abzug von der Steuerschuld zu weiteren deutlichen Steuerentlastungen für Familien im Vergleich zur heute geltenden Regelung (ungerechte Kinderfreibeträge, ungekürztes und gekürztes Kindergeld, Kindergeldzuschlag) führen.

Ein Lediger ohne Kinder mit einem Bruttonomatsgehalt in Höhe von 3.000 DM muß ab 1.1.1995 einen Solidaritätszuschlag in Höhe von 33 DM im Monat zahlen. Die mit einer

im Monat im Vergleich zum geltenden recht um 99 DM im Monat steuerlich entlastet. Ergebnis: Ergänzungsabgabe und Kindergeldregelung der SPD führen dazu,

Ich schwärme für Münster:

Die Botschaft der CDU-Biene

Für manchen überraschend, hat Münsters CDU ein bienenartiges Insekt zu ihrem Markenzeichen erkoren und zeigt dieses auf vielen Wahlplakaten. Weil man sich familienfreundlich gibt, ist dieses Tierchen auch als "Kinder"-Spielzeug zu haben. Wir haben uns ein solches Exemplar genauer angesehen:

Ins Auge sticht sofort die schwarz-gelbe Farbe, die wir als Koalition aus dem Stadtrat kennen. Die Flügel sind im Verhältnis zur Rumpfgröße verkümmert, abheben wird dieser schwarz-gelbe Verbund damit wohl auch nach dem 16. Oktober nicht können...

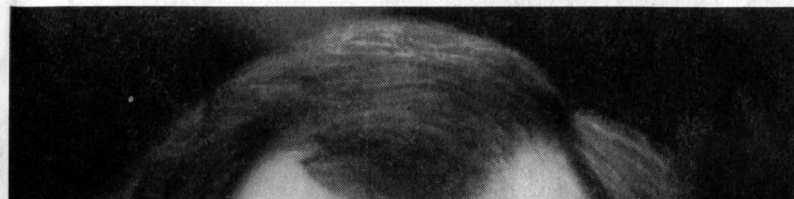
Helmut Kohls Pfarrer Hintze und die Bundes-CDU haben doch neuerdings Sockenprobleme; Münsters

CDU-Biene zeigt neben roten Socken auch rote Handschuhe. Was will man damit ausdrücken? Blockflöten in Münster? Paßt nicht. Sollten die Fähigkeiten "Standfestigkeit" und "Zupacken können" sich auch für Münsters CDU eher mit der Farbe Rot in Verbindung bringen lassen? Nun noch ein abschließender Blick auf das Etikett: "Made in China - nicht geeignet für Kinder unter drei Jahren." Darf man da nicht an den sinkenden Versorgungsgrad mit Kindergartenplätzen (1994) in Hilstrup denken, an fehlende Kinderkrippen für die ganz Kleinen und die Brandkatastrophen in chinesischen Spielzeugfabriken der sogenannten Sonderwirtschaftszonen....



Am 16. Oktober:

Mit uns den Wechsel schaffen!



Durch eine Ergänzungsabgabe und erhöhtes Kindergeld will die SPD deutliche Steuersenkungen für die große Mehrheit der Familien erreichen. Mit dem Solidaritätszuschlag der Bundesregierung, der keine Einkommensgrenze hat, werden alle steuerpflichtigen Bürger zusätzlich belastet. Die von der SPD geforderte Ergänzungsabgabe würde dagegen rund 80 Prozent der steuerpflichtigen Bürger freistellen. Außerdem würde die von der SPD geforderte Anhebung des Kindergeldes als Abzug von der Steuerschuld zu weiteren deutlichen Steuerentlastungen für Familien im Vergleich zur heute geltenden Regelung (ungerechte Kinderfreibeträge, ungekürztes und gekürztes Kindergeld, Kindergeldzuschlag) führen.

Ein **Lediger ohne Kinder** mit einem Bruttomonatsgehalt in Höhe von 3.000 DM muß ab 1.1.1995 einen Solidaritätszuschlag in Höhe von 33 DM im Monat zahlen. Die mit einer Einkommensgrenze versehene Ergänzungsabgabe der SPD trifft dagegen nicht. Ergebnis: Würde der Solidaritätszuschlag durch die von der SPD geforderte Ergänzungsabgabe ersetzt, würde der ledige um 33 DM im Monat entlastet; das sind 396 DM im Jahr.

Ein **Verheirateter mit einem Kind** und einem Bruttogehalt von 5.000 DM im Monat muß ab 1.1.1995 monatlich einen Solidaritätszuschlag in Höhe von 43 DM zahlen. Bei der SPD wäre er von einer Ergänzungsabgabe nicht betroffen und würde außerdem durch die Anhebung des Kindergeldes auf monatlich 250 DM

im Monat im Vergleich zum geltenden recht um 99 DM im Monat steuerlich entlastet. Ergebnis: Ergänzungsabgabe und Kindergeldregelung der SPD führen dazu, daß jeden Monat 142 DM weniger Steuer zu zahlen wären als bei der Bundesregierung; das sind 1.704 DM im Jahr.

Ein **Verheirateter mit zwei Kindern** und einem Bruttogehalt von 6.000 DM im Monat muß ab 1.1.1995 einen Solidaritätszuschlag in Höhe von 56 DM im Monat zahlen. Bei der SPD wäre auch er von der Ergänzungsabgabe befreit und würde zusätzlich durch das erhöhte Kindergeld (2 x 250 DM im Monat) im Vergleich zur Bundesregierung um 187 DM im Monat steuerlich entlastet. Ergebnis: Im Vergleich zur Bundesregierung hätte er jede Monat 243 DM weniger Steuern zu zahlen; das sind 2.916 DM im Jahr.

Impressum:

V. i. S. d. P. Christian Jung
Zedernweg 7
48165 Hilstrup

Auflage: 5.000

Gedruckt auf Resaprint, 100 % Altpapier

Druck: Erdmann Annuß Druck GmbH,
Am Mergelberg 2, 48324 Sendenhorst
Telefon: (0 25 26) 93 15-0
Telefax: (0 25 26) 93 15-20

Erneut wird damit deutlich, daß die SPD die Steuerbelastung für die breite Mehrzahl der Familien senken wird, während die Bundesregierung bei den Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen weiter hemmungslos abkassiert.

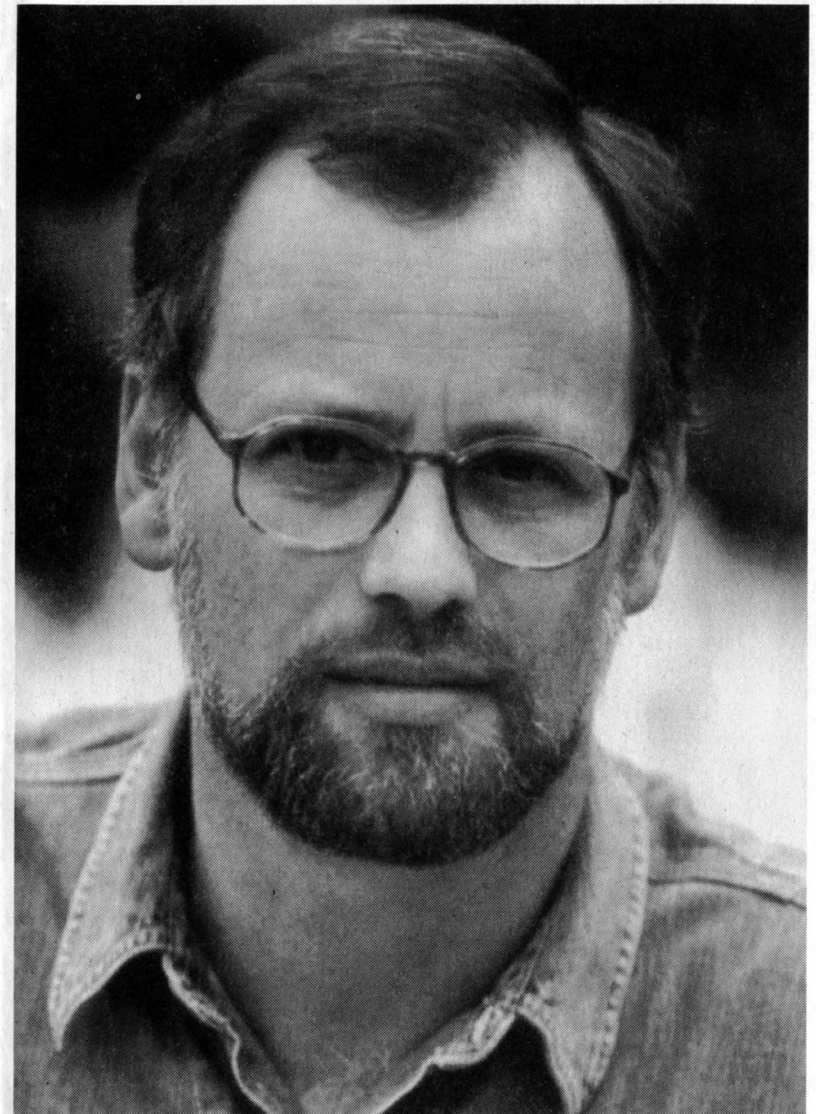
(Joachim Poß, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion)

Bundes-CDU haben doch Steuererhöhungen...
Sockenprobleme; Münsters



Am 16. Oktober:

Mit uns den Wechsel schaffen!



Schandfleck:

Endlich am Bahnhof etwas tun

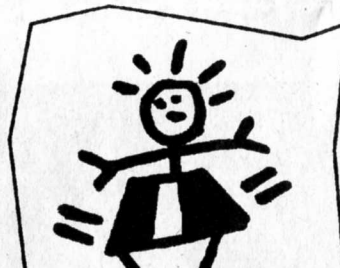
Seit Jahren wird der Schandfleck immer schlimmer. Die Zahl der Eisenbahnreisenden nimmt ständig mehr zu, der Standard im Bahnhofsbereich geht immer weiter zurück. Anscheinend gelingt es einfach nicht, für das von der Bahn genutzte Bahnhofsgelände eine verträgliche, langfristige Nutzung zu finden. Bei den umliegenden Flächen sieht es nicht viel besser aus. Schon vor zehn Jahren hat das Planungsamt der Stadt erklärt, eine Verbesserung im Bahnhofsbereich sei dringend notwendig. Die Stadt selbst will aber nichts unternehmen. Sie wartet auf die Investitionsbereitschaft von Privateigentümern. Vielleicht sollte man sich bei der Verwaltung der Stadt doch

mehr Mühe geben, hier Ideen zu entwickeln. Nur so wird das Interesse von privaten Investoren geweckt. Das beste Beispiel ist der "Preußen-Park" an der Hammer Straße. Eine gute Gelegenheit bietet die geplante Verlagerung der Bezirksverwaltungsstelle. Die SPD hat angeregt, hier eine Nutzung im Bahnhofsbereich einzuplanen. Dieser Vorschlag bietet weitaus bessere Möglichkeiten für Hilstrup als der von der CDU vorgeschlagene Abriß der Clemensschule. Am Bahnhof muß endlich durch Geschäfte und Büros eine Umgebung geschaffen werden, die andere davon abhält, Fahrradreifen zu zerstechen und Bierflaschen massenweise kaputtzuschlagen.



Extra-Blatt: Die Wahlkampf-Sonder-Ausgabe

Jetzt geht's los
SPD



Viele Kinder

tümmern. Vielleicht sollte man sich bei der Verwaltung der Stadt doch

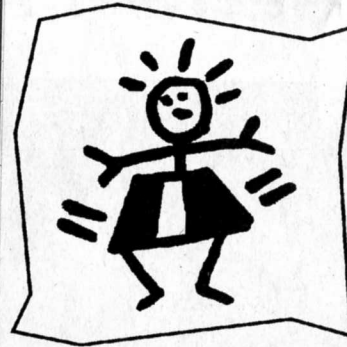
kaputtzuschlagen.

massenweise

Extra-Blatt: Die Wahlkampf-Sonder-Ausgabe

Jetzt geht's los

SPD



Viele Kinder an der Bockhorststraße

Endlich werden die zahlreichen großen Spielplätze am Emmerbach wieder von Kinder bevölkert. Die erste Einwohnergeneration im Emmerbachtal ist inzwischen aus dem Kindesalter herausgewachsen. Immer weniger Kinder waren noch auf den teilweise sehr großzügigen Spielplätzen am Rand des Baugebietes zu finden. Am Osttor - rund um die Bockhorststraße - hat sich in den letzten zwei Jahren viel geändert. Eine große Zahl neuer Einfamilienhäuser ist entstanden - teilweise in erheblicher Eigenarbeit. Gleichzeitig ist ein größeres Projekt im sozialen Wohnungsbau entwickelt worden, das eine weitgehende Einbindung in die Nachbarschaft ermöglichen soll. Außerdem ist dort eine vom Land geförderte Maßnahme zur Unterbringung von Aussiedlerfamilien entstanden. Ein solcher neuer Stadtteil entsteht nicht ohne Probleme.

Das Miteinanderleben muß erst gelernt werden. Besonders schlimm ist hier, daß augenscheinlich die Mietwohnungen unter sehr schludriger Bauausführung leiden. In Sousterrain-Zimmern herrschen Feuchtigkeit und Schimmel - und das bei einer Miete von über 1000,- DM. Den Bewohnern muß dringend geholfen werden! Leider tut sich die Stadtverwaltung hier schwer. Wichtig ist aber gerade in dieser Situation, daß die Familien und ihre Kinder nicht noch zusätzliche Nachteile erleiden. Jeder, der sich über Kinderlärm von benachbarten Spielplätzen beschwert, sollte sich vor Augen führen, wie die eigene Kindheit war. Kinder brauchen Platz und Freiraum. Ob Spielplatz, Straße, Kindergarten oder Schule, das Miteinander und Förderung von Kindern und Jugendlichen muß an Anliegen für alle sein.

Wer im Glashaus sitzt...

